

Andreas Kemper

Expertise

Antifeminismus in Berlin
Eine demokratiepolitische Herausforderung

Impressum

Auftraggeber: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Autor: Andreas Kemper

Verantwortlich für den Inhalt: Andreas Kemper

Wissenschaftliche Beratung: Prof. Dr. Sabine_Hark

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Antifeminismus ist die Verteidigung patriarchaler Machtverhältnisse.....	2
Formen und Strategien antifeministischer Netzwerke.....	3
Strukturelle Erkenntnisse zum Antifeminismus in Berlin.....	4
Abbildung Netzwerk antifeministischer Strukturen in Berlin.....	7
Berlin als zentraler Ort antifeministischer Strategien.....	7
Abbildung Netzwerk hinter der Kampagne zu Brosius-Gersdorf.....	11
Zentrale Strukturen und Dynamiken antifeministischer Männerrechtsakteure.....	12
Religiös-fundamentalistische Strömungen antifeministischer Akteur*innen in Berlin.....	14
Rechte Mobilisierung und russlandbezogene Einflussstrukturen in Berlin.....	17
Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Demokratie.....	18
Fazit: Berlin als Knotenpunkt antifeministischer Einflussnahme.....	20
Anhang 1: Chronologie antifeministisch queerfeindlicher Vorfälle in Berlin 2024.....	20
Quellenverzeichnis.....	23

Einleitung: Antifeminismus ist die Verteidigung patriarchaler Machtverhältnisse

Antifeminismus bezeichnet eine ideologische Haltung, die darauf zielt, traditionelle Geschlechterordnungen und patriarchale Strukturen zu erhalten oder wiederherzustellen, queeres Leben wird ignoriert. Feministische Errungenschaften und emanzipatorische gesellschaftliche Veränderungen werden dabei häufig als überzogen, schädlich oder ungerecht diskreditiert. Antifeminismus äußert sich sowohl in offen artikulierter Ablehnung als auch in subtileren Formen, etwa durch die Aneignung und Umdeutung feministischer Begriffe oder durch gezielte Verschiebungen von Deutungsrahmen und Diskursen.

In seiner gegenwärtigen Ausprägung ist Antifeminismus keine vereinzelte Meinungsäußerung mehr, sondern ein komplexes, transnational vernetztes Phänomen. Dieses Phänomen manifestiert sich in politisch organisierten, strategisch handelnden Akteursnetzwerken, die in vielen Ländern koordiniert agieren. Dabei handelt es sich um eine international vernetzte politische Bewegung, die über erhebliche finanzielle und organisatorische Ressourcen verfügt und dadurch ihre politische Einflussnahme ausbauen kann. Ziel dieser Akteure ist es, Errungenschaften der Gleichstellungspolitik sowie die Rechte von Frauen, queeren Menschen und anderen marginalisierten Gruppen systematisch zurückzudrängen oder zu delegitimieren. Sie wirken nicht nur als gesellschaftliche Gegenströmung, sondern als koordinierte politische Kräfte, die gezielt in institutionelle Prozesse und öffentliche Debatten eingreifen.

„sie kennen viele von uns nicht wirklich [...] was wir machen, kennen sie natürlich nicht [...] Es ist großartig. Sie haben Angst“

Birgit Kelle, interne E-Mail im Frühjahr 2017
im antifeministischen Netzwerk

Diese Äußerung von Birgit Kelle veranschaulicht meines Erachtens exemplarisch, wie Teile antifeministischer Akteursnetzwerke Kommunikationsformen wählen, die Transparenz begrenzen und auf Abschirmung gegenüber kritischer Öffentlichkeit ausgerichtet sind. Suchanow beschreibt das Reaktionsmuster der Beteiligten auf journalistische Recherchen als Verhalten „wie eine belagerte Festung“ (Suchanow 2017). Die Formulierung „Sie haben Angst“ kann in diesem Zusammenhang als Ausdruck einer konfrontativen politischen Selbstverortung gegenüber Kritiker*innen gelesen werden. Vor dem Hintergrund dokumentierter Vertraulichkeitsregeln bei Strategietreffen (Datta 2018) und nicht-öffentlicher Netzwerkstrukturen von Agenda Europe (Hecht 2018) lässt sich das Zitat als Beispiel für strategisch koordinierte, nach außen kontrollierte Kommunikation in einem antifeministischen Netzwerkzusammenhang einordnen – **einem Netzwerk, dessen dokumentierte Zielsetzungen auf eine Zurückdrängung gleichstellungspolitischer und feministischer Errungenschaften gerichtet sind.**

Besonders in Berlin lassen sich solche antifeministischen Netzwerke in einer hohen Dichte und mit erheblicher politischer und gesellschaftlicher Reichweite beobachten. Charakteristisch ist dabei ein komplexes Zusammenspiel von Lobbyarbeit, kulturpolitischen Interventionen, Aktivitäten im Bildungsbereich sowie strategischen Bezügen zum juristischen Feld. Die Bundeshauptstadt fungiert damit **aus analytischer Perspektive** als ein zentraler Knotenpunkt und Aktionsraum dieser Akteurskonstellationen, was ihre demokratiepolitische Relevanz und Problematik zusätzlich unterstreicht.

Formen und Strategien antifeministischer Netzwerke

Die Aktivitäten antifeministischer Netzwerke in Berlin sind vielfältig und reichen von medialen Kampagnen bis hin zu Lobbyarbeit und politische Einflussnahme auf Politik, Rechtsprechung und Kultur. Sie agieren häufig über bürgerliche oder religiöse Trägerstrukturen, die nach außen als eigenständige Initiativen erscheinen, über Vereine, Stiftungen oder Initiativen, oft mit undurchsichtigen Finanzierungsstrukturen. Typische Strategien umfassen:

- **Komplexe und teils wenig transparente Vereins- und Stiftungskonstruktionen:** In dokumentierten Fällen werden Mittel über neu gegründete oder kurzlebige Vereine geleitet oder Satzungen strategisch angepasst, wodurch Finanzflüsse und Zuständigkeiten für Außenstehende schwer nachvollziehbar werden können. Solche Strukturen fungieren zugleich als organisatorische Grundlage politischer Einflussarbeit auf parlamentarischer Ebene (Kemper 2022).
- **Kampagnen und Narrative:** Antifeministische Netzwerke arbeiten häufig mit zugespitzten, emotionalisierenden Botschaften, die sich gegen feministische und

gleichstellungspolitische Positionen richten. Verbreitet werden diese über soziale Medien, Bildungskontexte sowie auch über nachweislich öffentlich geförderte Kulturprojekte. Ein Beispiel ist die dokumentierte Kampagnenkommunikation im Umfeld der Debatte um die Wahl von Frauke Brosius-Gersdorf zur Bundesverfassungsrichterin.

- **Einflussnahme auf Kultur und Wissenschaft:** Auch über kulturelle Angebote mit zunächst unpolitischem Erscheinungsbild werden antifeministische Botschaften vermittelt, wie die in dieser Broschüre dokumentierten Beispiele zeigen. In Berlin konnten in Einzelfällen Organisationen mit belegten antifeministischen Positionen öffentliche Einrichtungen nutzen, etwa bei der Aufführung von Shen Yun in der Deutschen Oper. Antifeministische Akteure versuchen zudem, Einfluss auf die Förderung von Wissenschaft und Kunst zu nehmen. Ein hervorgehobenes Beispiel sind parlamentarische Angriffe und Vorstöße der AfD gegen die Gender Studies (vgl. Abgeordnetenhaus Berlin 2017; Abgeordnetenhaus Berlin 2025; Kissler 2014).

Strukturelle Erkenntnisse zum Antifeminismus in Berlin

Eine Expertise zu antifeministischen Strömungen in Berlin zu verfassen, ist aus mehreren Gründen anspruchsvoll. Antifeminismus im 21. Jahrhundert ist in hohem Maße internetbasiert, transnational vernetzt und stellt keine klar abgrenzbare, lokal geschlossene Erscheinung dar. Vielmehr handelt es sich um ein heterogenes Geflecht aus Akteuren, Plattformen und Diskursen, das sich nur teilweise an konkrete Orte binden lässt. Hinzu kommt, dass Berlin in bestimmten antifeministischen Milieus selbst als Feindbild fungiert, was die Organisierung vor Ort zugleich prägt und begrenzt. Ein Indikator dafür ist, dass auf dem antifeministischen Hassportal Wikimannia ein eigener Eintrag zu Berlin existiert, in dem die Stadt aus explizit antifeministischer Perspektive adressiert und deutlich abwertend beschrieben wird.¹

Die Finanzierung antifeministischer Bewegungen hat sich nach vorliegenden Analysen in den letzten Jahren deutlich verändert. Berichte verweisen auf zunehmende Mittelzuflüsse aus religiös-konservativen und rechtslibertären Kreisen, insbesondere aus den USA, aber auch aus Europa. Über Stiftungen und schwer transparente Spendenvehikel wie den „Donors Trust“ sowie über transnationale Netzwerke wie TFP, das in Recherchen mit Beatrix von Storch und ihrem familiären Umfeld in Verbindung gebracht wird (Kemper 2022), werden laut Datta dreistellige Millionenbeträge (Datta 2021; Datta 2025a) für Kampagnen und Projekte bereitgestellt, die antifeministische Narrative verbreiten. In Europa treten religiös-fundamentalistische Organisationen in diesen Analysen vermehrt als Empfänger größerer Summen auf, was als Faktor für ihren gestiegenen Einfluss auf politische Entscheidungen und gesellschaftliche Debatten gewertet wird. Insgesamt weisen die Studien auf einen hohen Vernetzungsgrad und eine vergleichsweise starke finanzielle Ausstattung dieser Bewegungen hin (Datta 2021; Datta 2025a; Pengelly 2024;

¹(Portal ist behördlich indiziert; daher kein Direktlink)

Sollenberger 2021).

Ein zentrales Problem in der Analyse antifeministischer Netzwerke ist die in mehreren Berichten beschriebene begrenzte Transparenz ihrer Finanzierungsquellen. Für Deutschland wird die Nachverfolgung von Geldflüssen teils als „schwarzes Loch“ charakterisiert, da Finanzierungen häufig über komplexe Konstruktionen von Stiftungen, Vereinen oder Projektträgern laufen und dadurch nur eingeschränkt nachvollziehbar sind (Datta 2025). Berichte verweisen zudem auf Fälle, in denen Transparenz- und Registrierungspflichten im Lobbybereich nicht eingehalten oder verzögert erfüllt wurden. Für Europa insgesamt wird die Finanzierung antifeministischer Organisationen und Kampagnen in Analysen als besser rekonstruierbar beschrieben als für Deutschland. Im Februar 2025 berichtete die Tagesschau, dass Lebensschutzorganisationen – darunter der in Berlin ansässige Bundesverband Lebensschutz – gegen Transparenzpflichten im Lobbyregister verstoßen hätten. Die Organisation LobbyControl wurde dazu mit den Worten zitiert:

„Momentan werde noch zu sehr auf Lobbyisten aus klassischen Bereichen wie der Wirtschaft geschaut. Im Bereich der sogenannten Lebensschützer gebe es viele Verdachtsmomente, aber kaum registrierte Akteure. Der gesamte Bereich profitiere von dieser Intransparenz. So blieben Verknüpfungen zwischen unterschiedlichen Akteuren und Geldgeber verdeckt.“ (Klühpies/Mitzkat/Khamis 2025).

Antifeministische **Netzwerke** agieren dabei häufig nicht öffentlich und über mehrere organisatorische Trägerstrukturen. Analysen zeigen, dass diese Strukturvielfalt Reichweite und Vernetzung nach außen schwer überschaubar macht und die öffentliche Wahrnehmung von Größe und Breite solcher Netzwerke verstärken kann. Diskursanalysen beschreiben dabei ein doppeltes Darstellungsmuster: Eigene Netzwerke können in der öffentlichen Wahrnehmung repräsentativer wirken, während feministische Initiativen teils als „lautstarke Minderheiten“ diffamiert werden (vgl. Kemper 2025). Ein gut belegtes Beispiel für vertraulich organisierte Koordination ist Agenda Europe, deren interne Treffen und Dokumente erst durch Leaks bekannt wurden (vgl. Datta 2019; Hecht 2018).

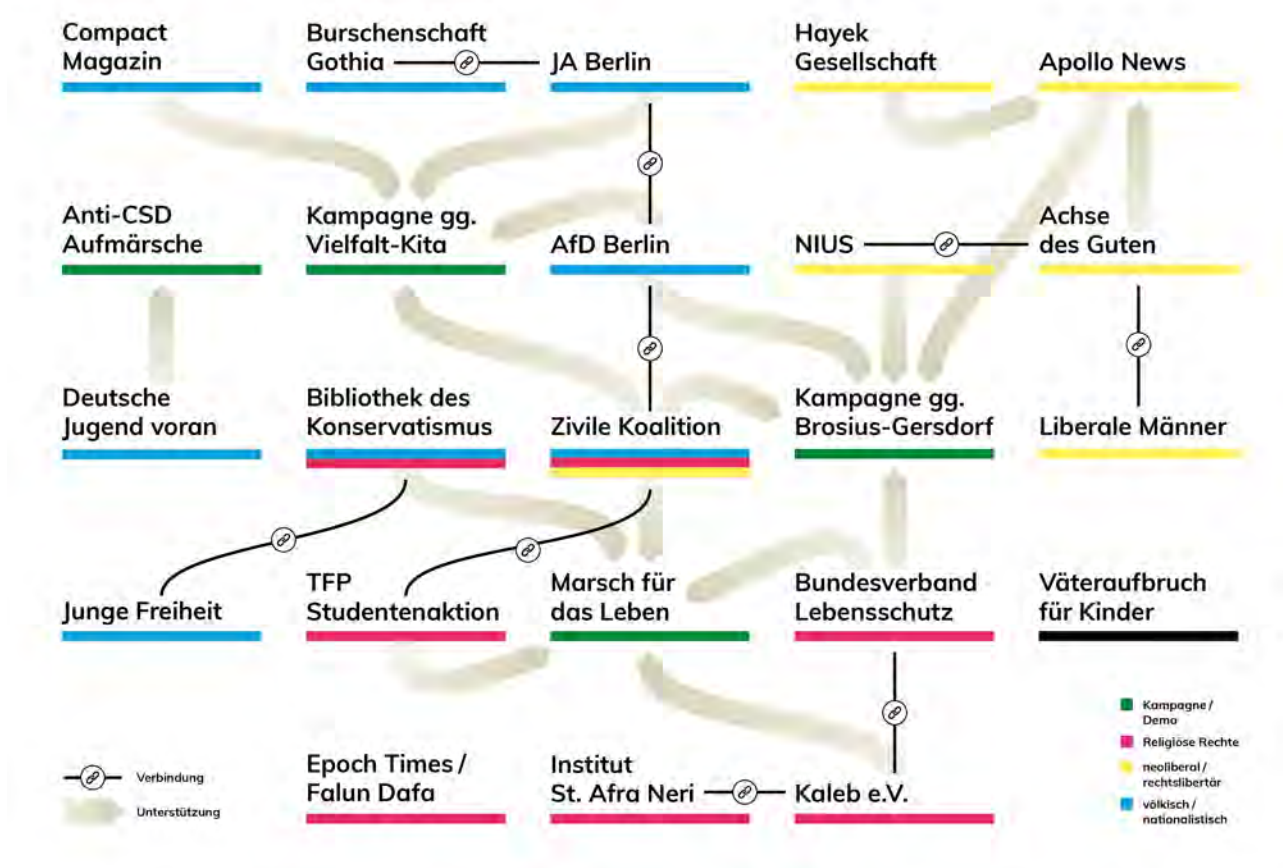
Als weiteres Element antifeministischer Strategien wird in Analysen eine Umdeutung öffentlicher Diskurse beschrieben. Dabei finden sich Kommunikationsmuster, in denen sich antifeministische Akteure als religiös oder weltanschaulich benachteiligt darstellen und feministische Positionen als intolerant gegenüber Glaubensüberzeugungen charakterisieren. Dokumentiert sind zudem Fälle, in denen dokumentations- und recherchebasierte Informationsprojekte zu Antifeminismus unter öffentlichen oder politischen Druck geraten sowie zensiert oder eingestellt wurden. Studien und Berichte verweisen darauf, dass dadurch die öffentliche Problemerkennung entsprechender Netzwerke erschwert werden kann, während deren Narrative an Sichtbarkeit und Glaubwürdigkeit gewinnen.

Nach der Leipziger Autoritarismusstudie 2022 wird Antifeminismus als zentrale Brückenideologie in rechte Milieus eingeordnet, da er dort eng mit rechtsextremen Einstellungen korreliert und mit der Abwertung feministischer Bestrebungen sowie der Betonung traditioneller Geschlechterrollen verbunden ist (Kalkstein u. a. 2022). Die Studie beschreibt zudem eine deutliche Verbreitung entsprechender Einstellungen seit 2020 und interpretiert sie als Ausdruck patriarchaler und antimoderner Gesellschafts- und Machtvorstellungen. In der Forschung wird diese ideologische Brückenfunktion als anschlussfähig für unterschiedliche rechte und autoritäre Strömungen beschrieben – von religiösem Fundamentalismus über rechtskonservative bis hin zu rechtsextremen Milieus. Mehrere Analysen bewerten Antifeminismus als wichtige Mobilisierungsressource antidemokratischer Akteure und als ideologisches Bindeglied in Richtung bürgerlicher Milieus.

Diese Entwicklungen spiegeln sich zunehmend auch in politischen Institutionen wider. In mehreren Ländern entstanden bereits antifeministisch ausgerichtete politische Programme und Kommissionen, die unter dem Vorwand des Schutzes vor „Christenfeindlichkeit“ faktisch reproduktive Rechte oder queere Sichtbarkeit einschränken. Der politische Raum für feministische und queere Perspektiven wird dadurch systematisch eingeschränkt. Auch wissenschaftliche Forschung, etwa im Bereich Gender Studies, sieht sich politischem Druck ausgesetzt – wie das Verbot der Gender Studies in Ungarn zeigt oder die Einflussnahme auf Forschungsprojekte in anderen Ländern. Die gesellschaftliche und politische Bekämpfung antifeministischer Netzwerke erfordert daher eine differenzierte und kontinuierliche Auseinandersetzung.

Vor diesem Hintergrund ist es von zentraler Bedeutung, Antifeminismus nicht nur als ideologisches oder moralisches Problem zu verstehen, sondern als strukturiertes, international vernetztes und strategisch agierendes System. Antifeminismus ist kein Randphänomen, sondern zu einer Kernstrategie demokratiefeindlicher Akteure geworden. Wer dies unterschätzt, verkennt die politische Sprengkraft dieses Phänomens und seine zentrale Rolle im aktuellen Kulturkampf.

Abbildung Netzwerk antifeministischer Strukturen in Berlin



Berlin als zentraler Ort antifeministischer Strategien

Antifeministische Bewegungen in Berlin zeichnen sich durch eine hohe Vielschichtigkeit, Dynamik und transnationale Vernetzung aus. Sie lassen sich weder als rein lokale noch als homogene Phänomene beschreiben, sondern durchziehen unterschiedliche gesellschaftliche Ebenen und sind eng mit internationalen Netzwerken verflochten. Berlin fungiert dabei zugleich als Symbol und als reale Bühne antifeministischer Ressentiments: Als Hauptstadt mit bundespolitischer Sichtbarkeit und als Sitz zentraler politischer und zivilgesellschaftlicher Institutionen bietet die Stadt günstige Bedingungen für die Artikulation, Bündelung und Verstärkung antifeministischer Strategien. Zugleich ist Berlin Standort zahlreicher feministischer, queerer und gleichstellungspolitischer Projekte, die regelmäßig zu direkten Zielscheiben antifeministischer Angriffe werden (vgl. Anhang 1).

Die antifeministischen Vernetzungen in Berlin verlaufen entlang mehrerer Ebenen, die sich diskursiv, institutionell, digital und physisch überlagern. Erkennbar sind dabei Verbindungen unterschiedlicher ideologischer Milieus – von christlich-fundamentalistischen über rechtslibertäre bis hin zu völkisch-nationalistischen Akteursgruppen. Diese heterogenen Konstellationen lassen sich als Diskurskoalitionen verstehen, die über geteilte Deutungsmuster und Schlagworte wie „Genderideologie“,

„Frühsexualisierung“, „Meinungsdiktatur“ oder „Umerziehung“ verbunden sind. Diskursanalytisch gelten solche Narrative weniger als Sachargumente denn als politische Zugehörigkeits- und Abgrenzungsmarker.

Die Angriffe auf Gleichstellungspolitik, sexuelle Selbstbestimmung, reproduktive Rechte und queere Lebensrealitäten erfolgen in Berlin auf unterschiedlichen Ebenen: parlamentarisch in Form von Anfragen, Initiativen und Kampagnen, medial durch gezielte Diffamierung und Hetze, institutionell durch Einflussnahmen auf Verwaltungen und Förderstrukturen sowie in Form von unmittelbarer Gewalt. Für das Jahr 2024 wurden zahlreiche Vorfälle dokumentiert, die sich gegen feministische, queere und vielfaltsorientierte Strukturen richteten. Dazu zählen Sachbeschädigungen an Gedenkortern, Einschüchterungsversuche sowie tätliche Angriffe auf queere Einrichtungen und Einzelpersonen. Solche Ereignisse stehen häufig in einem zeitlichen Zusammenhang mit politischen Entscheidungen, etwa der Verabschiedung des Selbstbestimmungsgesetzes, und werden durch extrem rechte digitale Mobilisierung begleitet und verstärkt.

Im Berliner Kontext wird der AfD eine zentrale Rolle bei der parlamentarischen Verbreitung und Institutionalisierung antifeministischer Narrative zugeschrieben. Ihre Aktivitäten im Bundestag und im Abgeordnetenhaus richten sich wiederholt gegen feministische, queere und diversitätsorientierte Bildungsarbeit sowie gegen entsprechende Forschungsfelder.. Der von AfD-Vertreter*innen ausgerufene ‚Kulturkampf‘ konzentriert sich besonders auf die Themen Gender und Familie und trägt zur Polarisierung gesellschaftlicher Debatten und politischer Bündnisse bei.

Die beobachtbare Parallelität von parlamentarischem Antifeminismus und physischen Angriffen auf queere und feministische Strukturen wird als Hinweis auf eine zunehmende Normalisierung und Radikalisierung entsprechender Positionen in Berlin gewertet. Die gesellschaftlichen Auswirkungen zeigen sich unter anderem in wachsender Verunsicherung, Selbstzensur und erhöhtem Bedrohungsempfinden. Die statistische Erfassung solcher Vorfälle hängt wesentlich von der Sichtbarkeit und Dokumentationsarbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen ab; Berlin nimmt dabei als urbaner Raum mit besonders aktiver Zivilgesellschaft eine hervorgehobene Rolle ein.

Berlin ist dabei nicht nur Austragungsort, sondern gilt auch als wichtiger Knotenpunkt transnationaler Prozesse antifeministischer Mobilisierung. Mehrere europäische und internationale Kampagnen lassen sich über Akteurinnen, Schlüsselereignisse und institutionelle Verflechtungen mit dem Standort Berlin verknüpfen. Die Mobilisierung gegen den sogenannten Estrela-Bericht auf EU-Ebene verdeutlicht exemplarisch die transnationale Reichweite antifeministischer Kampagnen; ein Berlin-Bezug ergibt sich hier über beteiligte Akteurinnen, die zu diesem Zeitpunkt in Berlin politisch aktiv waren. Akteurinnen wie Beatrix von Storch treten in diesem Zusammenhang nicht nur national, sondern auch im europäischen Kontext als zentrale Akteurinnen antifeministischer Vernetzung in Erscheinung (vgl. Kemper 2014a, 2014b).

Die antifeministischen Diskurse in Berlin umfassen ein breites Spektrum – von Angriffen auf das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche und auf Sexualpädagogik über die Delegitimierung von Gleichstellungsbeauftragten bis hin zu dokumentierten Bedrohungen gegenüber queeren Einrichtungen und feministischen Wissenschaftler*innen. Diese unterschiedlichen Erscheinungsformen werden vielfach als Teil eines politisch geführten „Kulturkampfes“ eingeordnet, in dem Rhetorik, ideologische Mobilisierung und gewaltförmige Handlungen erkennbar zusammenwirken.

Zusammengefasst fungiert Berlin aus mehreren Gründen als Knotenpunkt antifeministischer Aktivitäten:

1. **Politisches Zentrum:** Als Hauptstadt ist Berlin Sitz zahlreicher politischer Institutionen, Fraktionen und Ministerien. Dies macht die Stadt attraktiv für gezielte Lobbyarbeit und Einflussversuche auf Gesetzgebung und Verwaltung.
2. **Medienlandschaft und Öffentlichkeit:** Die hohe Dichte an Medienhäusern und digitalen Plattformen bietet ein günstiges Umfeld für öffentliche Kampagnen, Meinungsbildung und entsprechender Narrative, die sich gegen feministische Positionen richten.
3. **Zivilgesellschaftliche Reibungsfläche:** Gleichzeitig ist Berlin ein zentraler Standort feministischer, queerer und diversitätssensibler Initiativen. Diese stehen wiederholt im Fokus antifeministischer Angriffe – verbunden mit erhöhter Polarisierung und Konfliktdynamik (siehe Anhang 1: Chronologie antifeministischer Vorfälle in Berlin 2024).

Proprietarismus, Netzwerke und antifeministische Mobilisierung im Berliner Kontext

Eine zentrale ideologische Strömung des gegenwärtigen Antifeminismus ist der sogenannte Proprietarismus, auch als Rechtslibertarismus oder ultrakapitalistischer Libertarismus bekannt. Anders als der klassische Liberalismus ist diese Ideologie konsequent auf Eigentum als oberstes gesellschaftliches und moralisches Ordnungsprinzip ausgerichtet. Eigentum und Kapital werden nicht nur als ökonomische Kategorien verstanden, sondern als moralisch aufgeladene Werte, die eine hierarchische Gesellschaftsordnung rechtfertigen sollen. Innerhalb dieser Weltsicht wird die Familie als ökonomisch nützliche und sozial zu kontrollierende Einheit konstruiert und mit einem autoritären Geschlechterverständnis verbunden. Proprietarismus bildet somit eine wichtige Achse im global anschlussfähigen Antifeminismus, der sich gegen Gleichstellung, reproduktive Rechte, queere Lebensweisen und demokratische Prinzipien richtet.

Im deutschsprachigen Raum manifestiert sich dieser Proprietarismus vor allem durch Netzwerke, Think Tanks und Plattformen, die ideologische Vermittlungsarbeit leisten. Die Friedrich A. von **Hayek-Gesellschaft** mit Sitz in Berlin gilt in diesem Zusammenhang als organisatorischer Kristallisationspunkt. Eng vernetzt mit Hayek-Clubs und unterstützt

durch Stiftungen wie die Ingrid und Edmund Rademacher Stiftung, wird sie als materielles und institutionelles Rückgrat beschrieben. Inhaltlich prägen Akteure diese Strukturen, die eine wirtschaftsliberale Zuspitzung mit antifeministischen Positionen verbinden und damit eine spezifische politische Agenda vertreten (Bidder 2021).

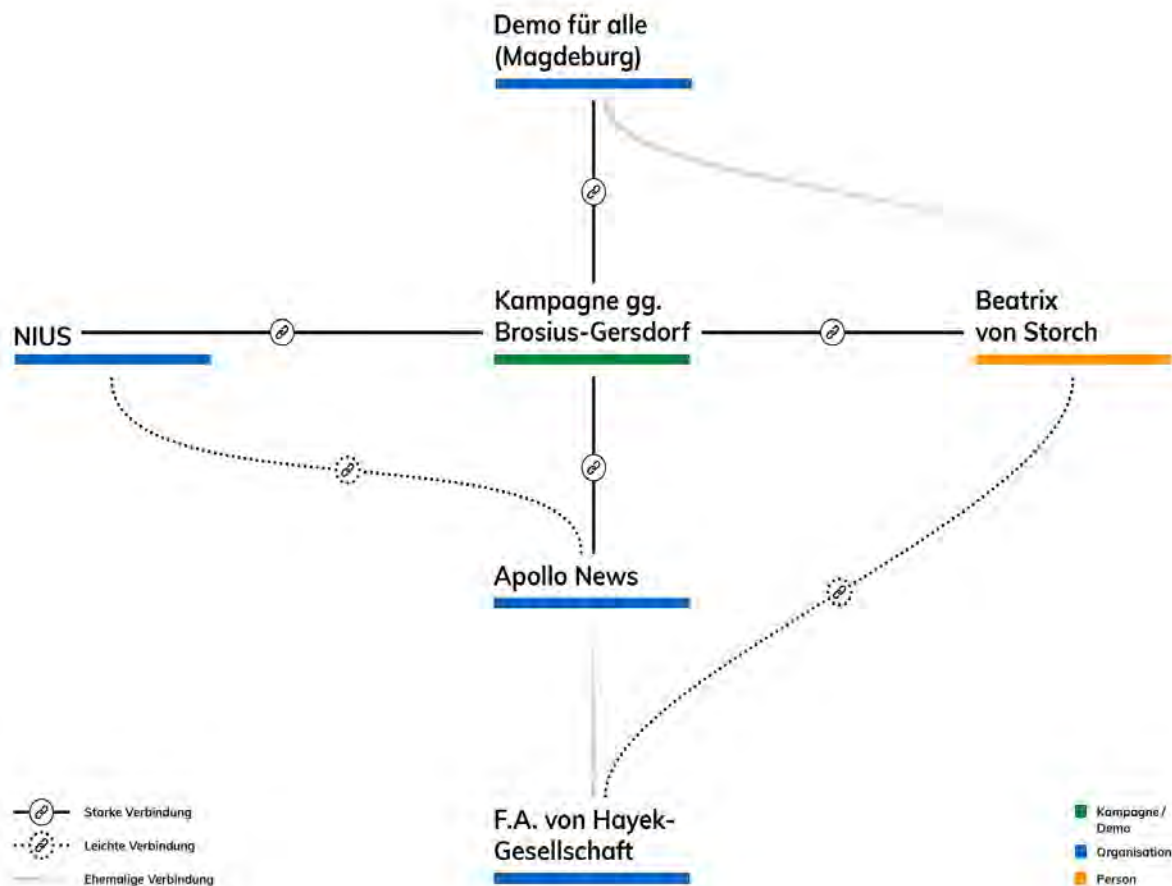
Aus diesem Netzwerk heraus entstand ab 2016 die Online-Plattform **Apollo News**, die zunächst als Jugendprojekt innerhalb der Hayek-Strukturen begann. Durch Nachwuchsarbeit und Kooperationen mit rechten Medien wie „Achse des Guten“, „Tichys Einblick“ und später „NIUS“ lässt sich ein eng vernetztes Medienumfeld erkennen, in dem antifeministische, anti-queere und autoritäre Narrative wiederholt verbreitet werden. Die Plattform übernahm dabei nicht nur publizistische Aufgaben, sondern trat auch als Akteur in politischen Kampagnen auf, was besonders bei zeitlich und inhaltlich abgestimmten Kampagnen sichtbar wurde.

Ein prominentes Beispiel ist die mediale Kampagne gegen die Verfassungsrichterinnen-Kandidatinnen **Frauke Brosius-Gersdorf** und Ann-Katrin Kaufhold im Jahr 2025 (Storch 2025). Ausgelöst durch einen Beitrag von Apollo News entwickelte sich eine breit aufgegriffene Kampagne, in der rechte Medien und Influencer*innen vielfach ähnliche Frames nutzten: Personalisierung, ideologische Delegitimierung und Mobilisierung gegen reproduktive Selbstbestimmung. Die Kampagne wurde zudem von „Lebensschutz“-Netzwerken öffentlich unterstützt; dokumentiert sind dabei digitale Mobilisierung, politische Einflussversuche sowie auch die Veröffentlichung personenbezogener Daten von Wahlausschussmitgliedern (Gütling 2025).

Das Beispiel der Kampagne gegen Brosius-Gersdorf und später Kaufhold zeigt, wie rechte (Medien-)Netzwerke Themen setzen und auf öffentliche Debatten einwirken.

Ausgangspunkt ist häufig ein Artikel in einem rechten (Online-)Medium, in diesem Fall Apollo News. Der Artikel arbeitet mit starkem Framing und stellt eine oder mehrere Personen als Skandalfall dar. Dabei wird das Thema häufig stark personalisiert und mit Schlagworten zugespitzt, die starke Emotionen ansprechen. Andere rechte Medien-Plattformen wie NIUS oder die Junge Freiheit greifen diese Darstellung auf. Sie wiederholen die Erzählung und spitzen sie teils weiter zu. Über soziale Medien verbreitet sich die Darstellung weiter. Das Thema gelangt zunehmend in den öffentlichen Diskurs und wird mit politischen Forderungen verknüpft – auch klassische Medien berichten darüber. So entsteht der Eindruck einer breiten öffentlichen Diskussion, was den politischen Entscheidungsdruck erhöhen kann.

Abbildung Netzwerk hinter der Kampagne zu Brosius-Gersdorf



Die Kampagne ist in ein Netzwerk gut vernetzter Akteurinnen eingebettet, wie die Abbildung „Netzwerk hinter der Kampagne Brosius-Gersdorf“ zeigt: Im Zentrum steht die Kampagne, die mit Medienplattformen wie Apollo News oder NIUS verbunden ist. Über diese Medienkanäle werden Inhalte verbreitet; politische Akteurinnen wie Beatrix von Storch treten dabei als öffentliche Verstärkerinnen der Positionen in Erscheinung. Zudem bestehen Verbindungen zur Initiative „Demo für alle“ aus dem Milieu der Abtreibungsgegnerinnen. Organisationen wie diese verfügen über ein erhebliches Mobilisierungspotenzial. Über Online-Petitionen und Aufrufe können solche Netzwerke öffentliche Mobilisierung bis hin zu Straßenprotesten unterstützen.

Solche Kampagnen zielen häufig darauf ab, einzelne Personen als unglaublich darzustellen und zugleich auf öffentliche Diskurse und politische Entscheidungen einzuwirken, insbesondere bei fortschrittlichen, feministischen Themen wie Geschlechtergerechtigkeit oder reproduktiven Rechten. Dieses wiederkehrende Vorgehen wird als Hinweis auf ein gewachsenes, thematisch und strategisch verbundenes Netzwerk gewertet, in dem wirtschaftsliberale, rechtskonservative, antifeministische und neurechte

Akteure vielfach zusammenwirken.

Rückblickend erscheint Apollo News nicht nur als isoliertes Medienprojekt, sondern als Teil einer breiter angelegten ideologischen Infrastruktur, in der rechtslibertäre Kapitalismuskritik mit autoritären Gesellschaftsvorstellungen und antifeministischen Ideologien verbunden ist. Proprietaristische, religiös-fundamentalistische und neurechte Milieus sind dabei institutionell, finanziell und operativ vielfach miteinander vernetzt. So entstehen wiederholt abgestimmte Kampagnen, die antifeministische Narrative verbreiten und auf politische Wirkung zielen.

Zentrale Strukturen und Dynamiken antifeministischer Männerrechtsakteure

Die sogenannte Männerrechts- und Väterrechtsbewegung in Deutschland präsentiert sich trotz gelegentlicher Selbstbezeichnung als „Bewegung“ eher fragmentiert und weist nur begrenzt typische Merkmale sozialer Bewegungen auf. Es fehlt eine breite, flächendeckende Organisationsstruktur mit kollektiven Aktionsformen, wie sie etwa in feministischen oder queeren Bewegungen üblich sind. Stattdessen dominieren dezentrale und oft anonymisierte digitale Diskurse, die sich vor allem gegen feministische Gleichstellungspolitiken richten.

Gleichwohl existieren vereinzelt institutionalisierte Akteure mit regionalen Strukturen. Ein Beispiel hierfür ist der bundesweit aktive Verband **„Väteraufbruch für Kinder“**, der über lokale Gliederungen verfügt. Der Verband unterhält eine Projektgruppe zur sogenannten „Eltern-Kind-Entfremdung“ (EKE). Diese lokalen Gruppen gelten als ideologisch heterogen und reichen von vergleichsweise gleichstellungsorientierten Positionen bis hin zu deutlich antifeministischen Ausprägungen. Viele Akteure der Väter- und Männerrechtsbewegung beziehungsweise des **Maskulismus** agieren vor allem digital und häufig anonymisiert in Online-Diskursräumen gegen feministische Positionen. Der **„Väternotruf“** in Berlin war ein frühes Internetportal aus dem Umfeld väterrechtlicher Initiativen, das neben Beratung auch Informationen über familiengerichtliche Akteurinnen sammelte. Das Portal stand in der Kritik, weil dort zeitweise private Daten von Amtsrichterinnen veröffentlicht wurden, die später wieder entfernt wurden (Väternotruf 2011; Väternotruf o. J.).

Im politischen Umfeld der FDP in Berlin treten männerrechtliche Zusammenschlüsse auf, die sich gegen feministische Gleichstellungspolitik positionieren. Besonders die Gruppe **Liberale Männer**, die sich selbst als „FDP-nah“ bezeichnet, veranstaltet Publikationen und Formate, die an zentrale Narrative des antifeministischen Spektrums anknüpfen – etwa die Kritik an „Gendersprache“. Die Gruppe greift feministische Begriffe wie „Gender“ oder „Diskriminierung“ auf und nutzt sie zur Begründung eigener gleichstellungskritischer Positionen, die als emanzipatorisch gerahmt werden. Die organisatorische Verbindung zu dem Männerrechtler Bernhard Lassahn, dessen Berliner Büro zeitweise als Kontaktadresse angegeben wurde, gilt als Hinweis auf personelle und ideologische Vernetzungen dieser Akteure (Liberale Männer 2019; Beck u. a. 2021).

Das zentrale Narrativ: Eltern-Kind-Entfremdung (Parental Alienation Syndrome)

Ein wesentlicher ideologischer Bezugspunkt in Teilen der Männerrechts- und Väterrechtsszene ist das umstrittene Konzept der sogenannten „Eltern-Kind-Entfremdung“ bzw. **„Parental Alienation Syndrome“ (PAS)**. Das Konzept gilt als wissenschaftlich nicht anerkannt und wird in politischen Auseinandersetzungen als Mobilisierungsbegriff eingesetzt (Rösiger 2024). Bezüge dazu finden sich auch in der Familienrechtspraxis, etwa im Kontext von Fortbildungen für Richter*innen oder in der Zusammenarbeit mit psychologischen Fachpersonen.

Diese institutionellen Anknüpfungspunkte werden als Hinweise darauf gewertet, dass entsprechende Diskursstrategien unter Bezug auf das „Kindeswohl“ verbreitet werden. Dabei wird teils eine strukturelle Väterbenachteiligung geltend gemacht, was zur Kritik an feministischen Positionen herangezogen wird. PAS wird in diesem Zusammenhang als ideologisches Instrument eingeordnet, das zur Legitimation von Kritik an feministischen Gleichstellungserfolgen und zur Unterstützung politischer Einflussnahme dient.

Institutioneller Einfluss und politische Vernetzung der Männerrechtsbewegung

Die Männerrechtsszene gilt als nicht homogen, sondern umfasst verschiedene Strömungen und Zielsetzungen. Die Männerrechtsbewegung lässt sich als diskursiver Übergangsraum zwischen maskulistischen, liberal-konservativen und wirtschaftsliberalen Milieus beschreiben. Männerrechtler treten häufig im Rahmen eines Antidiskriminierungsdiskurses auf und setzen behauptete Benachteiligungen von Männern in Beziehung zu Diskriminierungserfahrungen von Frauen. Maskulistische Akteure bewegen sich demgegenüber vielfach außerhalb dieses Diskursrahmens und kommunizieren in Teilen in identitätsbezogenen Selbstvergewisserungsräumen, die wiederholt durch aggressive oder abwertende Sprache geprägt sind. Gruppen im Umfeld bürgerlich-liberaler Parteien werden hingegen mit Strategien der Begriffsadaptation und Umdeutung in Verbindung gebracht (Beck u. a. 2021).

Im politischen Raum lässt sich ein zunehmender Einfluss einzelner männerrechtlicher Positionen beobachten, insbesondere in familien- und justizpolitischen Debatten. Einzelne männerrechtliche Akteure und Verbände unterhalten Lobbykontakte mit Ministerien und sind in gesetzesnahe Diskursräume eingebunden. Beobachtungen zufolge weisen einige dieser Akteure und Verbände inhaltliche Überschneidungen mit extrem rechten oder verschwörungsideologischen Milieus auf und gewinnen zugleich durch Kontakte zu Regierungsstellen – auch unter bürgerlichen Parteien – an Sichtbarkeit und Reichweite.

Diese institutionellen Vernetzungen begünstigen die Verbreitung antifeministischer Positionen und schaffen eine politische Bühne für die Debatte um Geschlechterpolitik, die oft auf die Schwächung feministischer Strukturen und die Reetablierung patriarchaler Geschlechterverhältnisse ausgerichtet ist.

Verflechtungen mit extrem rechten und religiös-fundamentalistischen Akteur*innen

Teile der Dynamiken im männerrechtlichen Spektrum stehen im Zusammenhang mit organisatorischen Überschneidungen zu extrem rechten, rechtsklerikalen sowie verschwörungsideologisch geprägten Akteursfeldern. Dabei zeigen sich besonders enge Bezüge einzelner Akteure zu christlich-fundamentalistischen Strömungen, insbesondere zum rechtskatholischen Milieu.

Hier zeigen sich in Teilen deutliche Übereinstimmungen in der Ablehnung feministischer, queerer und liberal-demokratischer Wertvorstellungen. Veranstaltungen wie der „Marsch für das Leben“ oder Kooperationen mit Organisationen gegen Gleichstellung und reproduktive Rechte weisen auf ideologische Schnittmengen zwischen Teilen antifeministischer Männerrechtspositionen und religiös-konservativen Weltbildern hin.

Zusammenfassung: Ein vielschichtiges, ideologisch heterogenes Spektrum

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Männerrechts- und Väterrechtsszene in Deutschland von einem komplexen ideologischen Gefüge geprägt ist, in dem Gleichstellungskritik, maskulistische Positionen, konservativer Antifeminismus und kulturkämpferische Deutungsmuster miteinander verschränkt sind. Nach außen tritt dieses Spektrum häufig mit dem Anspruch auf Gleichberechtigung und Benachteiligungskritik auf, wird jedoch in weiten Teilen so eingeordnet, dass feministische Strukturen delegitimiert und patriarchale Geschlechterverhältnisse stabilisiert oder wiederhergestellt werden sollen. Diese Zielrichtungen werden teils in moderater, anschlussfähiger Rhetorik formuliert, teils in offen radikalisierter und konfrontativer Weise vertreten.

Religiös-fundamentalistische Strömungen antifeministischer Akteur*innen in Berlin

Da Berlins Einwohner*innen historisch überwiegend protestantisch geprägt waren und Ostberlin zudem von 1945 bis 1991 realsozialistisch geprägt war, gilt Berlin nicht als katholische Hochburg. Dennoch existiert in Berlin eine heterogene, ideologisch teils verbundene Landschaft konservativ-christlicher und religiös-fundamentalistischer Gruppen. Zwischen Teilen dieser Gruppen zeigen sich konfessionsübergreifend Überschneidungen in antifeministischen, anti-queeren und anti-emanzipatorischen Positionen. Bestimmte Institutionen fungieren dabei als organisatorische und ideologische Knotenpunkte eines breiteren Netzwerks, das sich gegen Gleichstellungspolitik sowie sexuelle und reproduktive Rechte positioniert. Innerhalb der katholischen Kirche werden traditionalistische Gruppen wie die Piusbruderschaft (Siri 2015) oder der Neokatechumenale Weg (Löbbert 2014) als Träger antifeministischer Weltbilder beschrieben, die gesellschaftliche Liberalisierung vielfach ablehnen.

Die Piusbruderschaft (FSSPX) ist eine traditionalistische katholische Gemeinschaft, die Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils ablehnt. Sie wird dem ultrakonservativen Rand des Katholizismus zugeordnet; dokumentiert sind zudem antisemitische

Kontroversen und Vorfälle sowie ein strikt hierarchisches, patriarchales Familien- und Geschlechterbild. In der Fachliteratur wird sie daher als antifeministisch eingeordnet, unter anderem wegen der Verteidigung traditioneller Rollenbilder und der Ablehnung moderner Gleichstellungskonzepte, reproduktiver Rechte und pluraler Lebensweisen. In Berlin ist sie über Einrichtungen wie die St.-Petrus-Kirche und das Institut St. Philipp Neri präsent und wird einer reaktionär-anti-egalitären Strömung innerhalb des globalen Katholizismus zugerechnet (Onken 2013).

Das Institut St. Philipp Neri (ISPN), verbunden mit der St. Afra Kirche, gilt als Beispiel für eine institutionalisierte Verbindung von religiösem Traditionalismus und antifeministischen Positionierungen. Ihm werden restaurative und stark traditionalistische Gesellschaftsvorstellungen zugeschrieben, in denen pluralistische Entwicklungen teils als moralischer Verfall gedeutet werden. Der damalige Leiter des Instituts, bis 2024 Propst Gerald Goesche, bezeichnet in einem Interview „westliche Werte“ teilweise als „Todsünden“ und formuliert eine grundsätzliche Kritik an modernen gesellschaftlichen Leitbildern (Goesche 2022). In der Institutszeitschrift veröffentlichte Hedwig von Beverfoerde 2025 einen Beitrag über Christa Meves, in dem diese ausdrücklich als Gegenfigur zu feministischen und sexualpädagogischen Entwicklungen gewürdigt wird (Beverfoerde 2025). Publikationen und Projekte des Umfelds zeigen zudem Bezüge zu rechtskatholischen und antifeministischen Netzwerken; einzelne religiöse Kulturformate werden teilweise öffentlich gefördert. Diese Verbindung ist fachlich und politisch kritisch zu bewerten.

Die **TFP-Studentenaktion** ist der Jugend- bzw. Nachwuchsabteiler der als erzkonservativ und aristokratisch geprägt eingeordneten „Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum“. Sie tritt in Berlin unter anderem mit Aktionen gegen Abtreibung und Gleichstellungspolitik in Erscheinung, etwa vor der Humboldt-Universität oder im Zusammenhang mit der Nominierungsdebatte um Brosius-Gersdorf 2025 vor dem Bundestag. Die Gruppe bezeichnet diese Auftritte selbst als Teil eines „Kulturkampfes“ und zeigt im Berliner Raum eine wiederkehrende Präsenz im christlich-fundamentalistischen und lebensschutzorientierten Spektrum (ProLife Berlin 2025; TFP-Studentenaktion 2025). Öffentlich zugängliche Fotos dokumentieren Beatrix von Storch 1998 in einer TFP-Zentrale in Washington sowie später in TFP-nahen Einrichtungen in Brasilien; zudem ist eine Zusammenarbeit mit Mathias von Gersdorff und Paul von Oldenburg, die TFP-Funktionen zugerechnet werden, beschrieben (Crusade Magazine 1998; Kemper 2022).

Der Bundesverband Lebensrecht und der „Marsch für das Leben“

Der Bundesverband Lebensrecht (BVL) gilt als ein zentraler Akteur im religiös begründeten antifeministischen Spektrum in Berlin. Er organisiert den jährlich stattfindenden „Marsch für das Leben“ in Berlin und wird einem transnationalen „Anti-Choice“-Netzwerkkontext zugeordnet, in dem vielfach Bezüge zu US-amerikanischen Vorbildern beschrieben werden.

Unter dem Vorsitz von Martin Hohmann (bis 2017) wurde der Bundesverband Lebensrecht (BVL) in Analysen politisch weiter rechts verortet. Die Mitgründerin Cornelia Kaminski, bis 2024 Vorstandsmitglied, unterzeichnete 2025 einen öffentlich dokumentierten Dankesbrief an Donald Trump. Für den Verband sind zudem Auftritte und Kooperationen im Umfeld rechtspopulistischer und extrem rechter Medien beschrieben. Personelle Überschneidungen betreffen nach Dokumentationen vor allem einzelne Mitgliedsorganisationen des BVL und reichen in das rechtskonservative bis rechtspopulistische Parteienspektrum, etwa am Beispiel der zeitweisen Doppelfunktion von Martina Kempf (ALfA-Regionalvorsitz bis Juni 2025 und AfD-Bundestagsmandat). Der BVL betreibt kontinuierliche Lobbyarbeit mit dem Ziel gesetzgeberischer Einflussnahme, beschreibt sich öffentlich jedoch häufig als unpolitisch. Die verspätete Eintragung ins Lobbyregister sowie begrenzte Transparenz bei Finanzangaben werden in Berichten als Transparenzdefizite bewertet (Klühspies/Mitzkat/Khamis 2025; Kemper 2025).

Evangelikale und katholisch-konservative Gruppen in Berlin

Berlin verfügt über eine vergleichsweise dichte Infrastruktur evangelikaler und konservativ-katholischer Organisationen, die dem Anti-Choice-Spektrum zugerechnet werden. Beispiele sind KALEB e. V. und Pro Life Berlin, die Schwangerschaftsberatungen anbieten und zugleich auch politisch mobilisierend tätig sind (Lein 2021; Evangelische Allianz 2011).

Diese Gruppen bieten Schwangerschafts- und Konfliktberatung an, stellen jedoch keine gesetzlich anerkannten Beratungsscheine aus. Zugleich bestehen historische wie aktuelle Überschneidungen mit der Anti-Choice-Bewegung. Das Zusammenspiel von sozialer Beratung und politischer Mobilisierung bei gleichzeitiger Darstellung als „neutral“ verdeutlicht religiös motivierte Handlungsansätze im Anti-Gender- und antifeministischen Kontext.

Islamistische Akteursfelder: Begrenzte Einflussnahme in Berlin

Neben dem christlich-konservativen Spektrum gibt es punktuelle Überschneidungen zwischen antifeministischen Haltungen und islamistisch geprägten Akteuren. Diese sind institutionell und politisch jedoch schwächer ausgeprägt, was vor allem an begrenztem Zugang zu staatlichen oder gesellschaftlichen Machtressourcen liegt (Datta 2025).

Aus salafistischen Milieus werden regelmäßig queer- und transfeindliche Positionen geäußert, insbesondere in religiösen Lehren und über soziale Medien. Eine systematische politische Einflussnahme, wie sie bei christlich-fundamentalistischen Netzwerken zu beobachten ist, ist bislang nicht erkennbar. Der Berliner Verfassungsschutz führt aus, dass queer- und transfeindliche Positionen im salafistischen Spektrum gehäuft auftreten, während sich breitere islamistische Strömungen meist öffentlich zurückhaltender positionieren (Senatsverwaltung für Inneres und Sport 2025).

Epoch Times/ Falun Gong

Epoch Times ist ein in Berlin präsent, reichweitenstarkes Medienunternehmen, das in verschiedenen Analysen dem rechtspopulistischen Medienspektrum zugeordnet wird und im Misinformation Monitor 2022 auf Rang 1 geführt wurde. Das Medium wird organisatorisch dem Umfeld von Falun Dafa (Falun Gong) zugerechnet, einer religiösen Bewegung, die in der Literatur teils als sektenähnlich eingeordnet wird. Falun Dafa spricht in Berlin unter anderem Exil-Communities an. In einem persönlichen Interview mit einer im Organisationsumfeld aufgewachsenen Person wurde mir geschildert, dass die Gruppe nach deren Erfahrung weniger auf Mitgliedsbeiträge als auf umfangreiche Mitarbeit der Anhänger ausgerichtet sei. Im Umfeld von Falun Gong und insbesondere über Epoch Times werden antifeministische und transfeindliche Narrative verbreitet, etwa im Zusammenhang mit dem verschwörungsideologischen Film Gender Transformation, der auch in Berlin diskutiert wurde. Zudem werden in Berlin Aufführungen von Shen Yun durchgeführt, unter anderem in der öffentlich geförderten Deutschen Oper, die in Analysen als eng mit Falun Dafa verbunden und fundraising-relevant beschrieben werden. In begleitenden Medienkampagnen werden Feminismus, Intersektionalität und queere Politik teils als „kulturmarxistisch“ oder „dämonisch“ dargestellt (Babcock 2023; Jones 2023; NewsGuard 2022; Schwaiger 2022; Sumpf 2019).

Fazit: Ein vielschichtiges, institutionell und zivilgesellschaftlich verankertes Spektrum

In Berlin zeigt sich ein vielfältiges antifeministisches Spektrum, das in seinen Deutungsmustern verbunden ist. Es tritt offen politisch ebenso auf wie in religiös legitimierten oder nach außen als unpolitisch dargestellten Angebotsformen. Diese Vielfalt erhöht Sichtbarkeit, Anschlussfähigkeit und Einflussmöglichkeiten auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen.

Die untersuchten Strömungen sind nach ihrer Programmatik und Praxis darauf ausgerichtet, feministische Errungenschaften, sexuelle Selbstbestimmung und pluralistische Lebensweisen zurückzudrängen und religiös-konservative Ordnungsvorstellungen zu stärken.

Rechte Mobilisierung und russlandbezogene Einflussstrukturen in Berlin

In verschiedenen staatlichen, kirchennahen und netzwerkbezogenen Kontexten russischer Provenienz werden westliche Geschlechter- und Familienpolitiken deutlich abgelehnt und entsprechende transnationale Kulturkampfnarrative verbreitet, darunter das Schlagwort eines „dekadenten Gayropa“ (Stern 2021). Auch in Berlin war das „Dialogue of Civilizations Research Institute“ mit Sitz in der Französischen Straße aktiv, dessen Leitungsgremien international vernetzt besetzt waren (Dialogue of Civilizations Research Institute 2017). Das Institut wird in der Forschung zu russlandnahen Einflussnetzwerken als relevanter Akteur eingeordnet; dabei sind auch Kontakte zu aristokratischen und

antifeministischen deutschen Akteursmilieus dokumentiert.

Innerhalb von Teilen russlanddeutscher Aussiedler*innenmilieus zeigen sich geschlechterkonservative Einstellungen mit erkennbarem Mobilisierungspotenzial. Sichtbar wurde dies im Berliner „Fall Lisa“ (2016), bei dem Falschmeldungen über eine angebliche Vergewaltigung zu massiven Protesten führten. Die Mobilisierung wurde durch verschiedene Netzwerke, darunter die Russlanddeutsche Front (RF), das Magazin Compact sowie einschlägige Social-Media-Gruppen getragen und verstärkt. Diese Akteurszusammenhänge werden in der Forschung dem rechtspopulistischen bis extrem rechten Spektrum zugeordnet. Vermeintlicher Feminismus wird zur Stimmungsmache instrumentalisiert. Zudem sind Anschlussstellen zu neurechten und rechtspopulistischen Akteuren, darunter zur AfD, dokumentiert (Kramer 2015; Schultz 2016; Steppenwolfkinder 2016).

Überschneidungen mit rechtspopulistischen und extrem rechten Akteur*innen

In einzelnen Fällen sind personelle und organisatorische Überschneidungen zwischen prorussischen Gruppen, Akteur*innen der Berliner AfD, Teilen der Jungen Alternative (JA) sowie christlich-fundamentalistischen Organisationen dokumentiert. Zudem tragen antifeministische und rechtspopulistische Medienplattformen wie Compact zur weiteren ideologischen Zuspitzung und Mobilisierung in diesen Diskursfeldern bei.

Im rechten Spektrum agieren darüber hinaus Gruppierungen, die von Monitoringstellen dem faschistischen und neonazistischen Bereich zugeordnet werden und die insbesondere gegen queere Veranstaltungen mobilisieren. Organisationen wie „Deutsche Jugend Voran“ (DJV) oder „Jung und Stark“ zeigen laut Dokumentationen ausgeprägte Radikalisierungsdynamiken über soziale Medien und werden bei Demonstrationen mit gewaltorientierten Auftretensformen in Verbindung gebracht (MBR Berlin 2024; Schindler 2022).

Zwischen rechtskonservativen, religiös-fundamentalistischen und extrem rechten Akteursmilieus zeigen sich wiederholt ideologische und personelle Überschneidungen, unter anderem zwischen AfD-Netzwerken, der Identitären Bewegung, aristokratisch geprägten Kreisen sowie katholisch-fundamentalistischen Organisationen wie der TFP. Die Burschenschaft Gothia tritt in diesem Zusammenhang als ideologischer Resonanzraum in Erscheinung, in dem auch antifeministische und anti-queere Weltbilder vertreten werden. Mediale Plattformen wie „Achse des Guten“, „Junge Freiheit“ oder die „Bibliothek des Konservatismus“ verbreiten entsprechende Narrative und sind in Berlin durch institutionelle Präsenz wirksam (Kemper 2025; Die Zeit 2020).

Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Demokratie

Auf Grundlage der vorangehend dargestellten Befunde zur Struktur und Arbeitsweise antifeministischer Netzwerke in Berlin sind politische, rechtliche und zivilgesellschaftliche Maßnahmen sinnvoll, um demokratische Transparenz, Gleichstellung und pluralistische Strukturen zu stärken. Die zentralen Empfehlungen lassen sich in elf Punkte gliedern:

1. **Transparenz schaffen:** Einrichtung einer zentralen Transparenzstelle auf Landesebene zur Erfassung und Veröffentlichung von Spendenflüssen, Vereinsaktivitäten und Lobbyverbindungen.
2. **Politische Bildung stärken:** Aufbau eines berlinweiten Informationsportals zu antifeministischen Strategien und Entwicklung verbindlicher Schulungsprogramme für Lehrkräfte, Verwaltung und zivilgesellschaftliche Akteur*innen.
3. **Zivilgesellschaft schützen:** Gezielte Förderung feministischer und queerer Initiativen sowie eine landesweite Beratungsstelle für betroffene Organisationen.
4. **Rechtliche Rahmenbedingungen anpassen:** Verlängerung von Aufbewahrungsfristen, Verschärfung von Offenlegungspflichten für Vereine sowie konsequente Anwendung des Lobbyregisters.
5. **Justiz sensibilisieren:** Spezialisierte Fortbildungen für Richter*innen zu aktuellen antifeministischen Narrativen und ihrer Rolle in familienrechtlichen Verfahren.
6. **Parlamentarische Kontrolle aufbauen:** Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe im Abgeordnetenhaus zur strukturierten Beobachtung antifeministischer Aktivitäten.
7. **Forschung ausbauen:** Beauftragung unabhängiger Studien zu Strukturen, Finanzierung und Medienstrategien antifeministischer Netzwerke – in Zusammenarbeit mit Hochschulen, Forschungsinstituten und NGOs.
8. **Ausbildung reformieren:** Verbindliche Module zur Geschlechter- und Diversitätsforschung in der Berliner Lehramtsausbildung verankern, ergänzt durch Weiterbildungen für aktive Lehrkräfte.
9. **Förderpraxis überdenken:** Sensibilisierung von Entscheidungsgremien bei der Vergabe öffentlicher Mittel an Kulturprojekte, um indirekte Förderung antifeministischer Agenden zu verhindern.
10. **Öffentliche Debatte gestalten:** Initiierung einer breiten Berliner Kampagne für Geschlechtergerechtigkeit und demokratische Vielfalt, unterstützt durch Kulturformate, Medienarbeit und Bildungsangebote.

11. **Monitoring:** Ein kontinuierliches Monitoring antifeministischer Aktivitäten ist essenziell. Nur durch eine strukturierte Beobachtung von Narrativen, Netzwerken, Geldflüssen und institutionellen Veränderungen lässt sich frühzeitig gegensteuern. Dazu gehören:

- Analyse von Strategiepapieren und Bündnispolitik
- Beobachtung von Finanzströmen und Vereinsaktivitäten
- Dokumentation antifeministischer Kulturprojekte
- Prüfung auf Verstöße gegen Transparenz- und Registrierungspflichten
- Aufbau eines Frühwarnsystems zur zeitnahen Erfassung neuer Entwicklungen

Fazit: Berlin als Knotenpunkt antifeministischer Einflussnahme

Die Untersuchung der antifeministischen Netzwerke in Berlin macht eine Reihe struktureller und institutioneller Schwachstellen sichtbar, die von entsprechenden Akteurskonstellationen genutzt werden. Dazu zählen insbesondere mangelnde Transparenz bei Vereins- und Finanzstrukturen, die intransparente Geldflüsse und nicht offen gelegte Einflussnahmen begünstigen können, Defizite in der politischen Bildung und Fortbildung von Multiplikatorinnen sowie rechtliche Grauzonen, etwa bei Vereinsstrukturen, Satzungsänderungen und der Durchsetzung bestehender Lobbyregisterpflichten. Hinzu kommen Einflussversuche auf Justiz und Bildungsbereiche, etwa durch öffentliche Diffamierungen von Richterinnen, die Verbreitung antifeministischer Deutungsmuster in fachlichen Fortbildungen sowie durch eine unzureichende Verankerung geschlechterpolitischer Inhalte in der Lehramtsausbildung. Schließlich fungieren auch Öffentlichkeit und Kulturbereich als Einfallstore, wenn Förderstrukturen und Auswahlverfahren nicht ausreichend für ideologische Einflussnahme sensibilisiert sind.

Antifeministische Akteursnetzwerke lassen sich in Berlin als gut vernetzt und in zentralen Deutungsmustern relativ kohärent beschreiben. Sie vertreten und verbreiten Positionen, die traditionelle Geschlechterrollen, patriarchale Familienmodelle und eine binäre Geschlechterordnung betonen. Diese Strukturen sind nicht ausschließlich institutionell organisiert, sondern werden in erheblichem Maße auch von einzelnen Akteuren, informellen Zirkeln und privaten Netzwerken getragen. Berlin fungiert dabei nicht nur als Ziel antifeministischer Einflussversuche, sondern zugleich als zentraler Knotenpunkt für transnationale Vernetzung, mediale Diskursproduktion und politische Mobilisierung im Rahmen geschlechterpolitischer Kulturkämpfe.

Anhang 1: Chronologie antifeministisch queerfeindlicher Vorfälle in Berlin 2024

28.02.2024 Moabit: Denkmal für Homosexuellen-Bewegung am Magnus-Hirschfeld-Ufer beschädigt²

13.04.2024: Angriff vor queerer Bar mit Reizgas; der Angriff erfolgte am Tag nach der Verabschiedung des Selbstbestimmungsgesetzes; ein Zusammenhang wurde in Berichten diskutiert.³

17.05.2024: Die japanische Regierung übt Druck aus, um die Entfernung der Friedensstatue zu erwirken, welche an die systematische sexualisierte Gewalt gegen koreanische Frauen durch Japan erinnert.⁴

02.07.2024: SS-Runen an queeres Café gesprüht.⁵

08.07.2024: Eine feministische Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt erhält ein Paket, umhüllt mit einem Plakat gegen Rassismus und Sexismus aus ihrem eigenen Hausflur, Inhalt: offene Flasche voll Urin.

03.08.2024: Förderung von Projekt zu sexualisierter Gewalt scheitert laut RBB an „politischer Einflussnahme“⁶

10.09.2024: Sticker der Jungen Alternative mit der Aufschrift "Abschieben schützt Frauen". Weiße Schrift auf lila Grund. Angebracht vor einer Grundschule am Pfosten eines Verkehrsschildes auf ca. 1,20m Höhe.

18.10.2024: Eine antifaschistische, feministische Demonstration wird aus dem Umfeld der rechtsextremen Vernetzung „Deutsche Jugend Voran“ (DJV) bedroht.⁷

18.10.2024: „Linker woker Quatsch“. CDU und AfD kritisieren Angebote politischer Bildung und Demokratieförderung im Kontext der Landeszentrale für politische Bildung und setzen entsprechende Programme politisch unter Druck, hervorgehoben werden z.T. geschlechtsspezifische und vielfaltsorientierte Angebote der Landezentrale.⁸

13.11.2024: Die Regenbogenflagge einer Kinder- und Jugendwohneinrichtung wird nachts von Unbekannten gewaltsam mitsamt Stange gestohlen und verbrannt. Die Überreste der

² https://www.queer.de/detail.php?article_id=48643

³ https://www.queer.de/detail.php?article_id=49147

⁴ <https://koreaverband.de/blog/2024/05/17/wegner-friedensstatue/>

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/08/wegner-bildungsprojekt-stopp-trostfrauen-berlin-moabit.html>

⁵ https://www.queer.de/detail.php?article_id=50122

⁶ <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/08/wegner-bildungsprojekt-stopp-trostfrauen-berlin-moabit.html>

⁷ <https://x.com/BerlingegenNazi/status/1846911784621404640?t=Y8x2Yf2rShH-aWh0ER4Bw&s=09>

⁸ <https://taz.de/Demokratiefoerderung/!6040256/>

Fahne werden außerhalb des Grundstücks gefunden.⁹

22.11.2024: Antifeministischer parlamentarischer Angriff der AfD auf die Magnus-Hirschfeld-Stiftung sowie vielfaltsorientierte Sexualpädagogik in Form einer 'Kleinen Anfrage' im Bundestag:

- Angriffe auf die Finanzierung
- Versuch der Diskreditierung der Stiftung durch 'Ideologie'-Vorwurf ("Vermittlung von Ideologie"), sowie Versuch die Stiftung mit der Unterstützung von Pädophilie in Verbindung zu bringen
- Wiederholung trans- und queerfeindlicher Erzählungen

29.11.2024: AfD will laut ihrem Wahlprogramm Schwangerschaftsabbrüche weitgehend verbieten mit absoluten Ausnahmen "bei kriminologischer und medizinischer Indikation"¹⁰

09.12.2024: Ein Mann ruft im Büro einer gleichstellungspolitischen Organisation (Hochschule, Bundesebene) an, fragt zunächst nach Maßnahmen für die "Gleichberechtigung von Männern" und spricht davon, selbst eine Initiative zu gründen. Im Laufe des Gesprächs wird er drängender. Er beleidigt die Person frauenfeindlich und sexualisierend, bevor diese schließlich auflegt.

19.12.2024: Antifeministischer parlamentarischer Angriff der AfD auf die Bundesregierung, auf Vielfaltspädagogik und Projekte sexueller Aufklärung in Form einer Kleinen Anfrage im Bundestag

Inhalte:

- Versuch der Verbindung von Vielfaltspädagogik und Projekten der sexuellen Aufklärung mit Pädophilie
- Nutzung des 'Frühsexualisierungs'-Narrativs
- Verbindung der Grünen mit Pädophilie durch Heranziehen der tatsächlichen Parteigeschichte und Gleichsetzung mit heutigen Forderungen nach Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt
- Delegitimierung von Diskriminierungsschutz durch Gleichsetzung des Schutzes aufgrund sexueller Identität mit der Legalisierung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder

⁹ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/staatsschutz-ermittelt-unbekannte-verbrennen-regenbogenflagge-von-berliner-jugendwohngruppe-12700403.html>

¹⁰ <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/156075/AfD-will-Schwangerschaftsabbrueche-weitgehend-einschraenken>

Quellenverzeichnis

- Abgeordnetenhaus von Berlin. (2017). Schriftliche Anfrage Nr. 18/12 929: Gender Studies in Berlin: Professuren, Studenten und Absolventen; Anfrage 12.12.2017 und Antwort 27.12.2017. 18. Wahlperiode. Verfügbar unter:
<https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-12929.pdf>
- Abgeordnetenhaus von Berlin. (2025). *Schriftliche Anfrage Nr. 19/23 606 der Abgeordneten Dr. Kristin Brinker (AfD) vom 19. August 2025 und Antwort vom 2. September 2025*. Schriftliche Anfrage 19/23 606, 19. Wahlperiode. Verfügbar unter:
<https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-23606.pdf>
- Air Tuerkis (2019): Jugend auf Achse – wer kommt mit?, in: Achse des Guten vom 10.02.2019, URL:
https://www.achgut.com/artikel/die_jugend_auf_achse_wer_kommt_mit
- Babcock, Tony (2023): Epoch Times Espouses Harmful Anti-Transgender Views, in: Philadelphia Gay News vom 25.09.2023, URL: <https://epgn.com/2023/09/25/epoch-times-espouses-harmful-anti-transgender-views/>
- Beck, Dorothee/ Gesterkamp, Thomas/ Kemper, Andreas/ Stiegler, Barbara/ von Bargaen, Hennig (2021): Antifeminismus auf dem Weg durch die Institutionen Strategien und maskulistische Netzwerke, Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung/ Gunda-Werner-Institut, PDF:
https://www.boell.de/sites/default/files/2022-01/Boell_E-Paper_Antifeminismus_Endf_V01_kommentierbar.pdf
- Beverfoerde, Hedwig Freifrau von (2025): Großer Geist und großes Herz – Christa Meves wird 100, in: Rundbrief des Instituts St. Philipp Neri, Nr.1/2025, PDF:
https://www.institut-philipp-neri.de/rundbrief/ispn_25_1.pdf
- Berliner Thinktank Polispehre (2025): URL: <https://polisphere.eu/aktuelles/die-causa-brosius-gersdorf>.
- Bidder, Benjamin (2021): Mangelnde Abgrenzung nach rechts: AfD-Streit zerreißt liberale Hayek-Gesellschaft, in: Der Spiegel vom 31.01.2021, URL:
<https://www.spiegel.de/wirtschaft/afd-streit-zerreisst-liberale-hayek-gesellschaft-a-cee3c3af-41ff-4214-8223-bfce080825fe>
- Crusade Magazine (1998): Head of the Imperial House of Brazil Visits TFP Washington Bureau, in: Crusade Magazine September/ Oktober 1998, York/ Pennsylvania, USA
- Datta, Neil, (2018): Restoring the Natural Order: The religious extremists' vision to

mobilize European societies against human rights on sexuality and reproduction.
European Parliamentary Forum on Population and Development (EPF), Brüssel.
Deutsche Fassung: pro familia (Hrsg.) (2019): Die „Agenda Europe“ – Strategien und
Ziele eines Netzwerks gegen sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte in
Europa. URL: https://www.profamilia.de/fileadmin/publikationen/Fachpublikationen/Agenda_Europe.pdf (Zugriff: 06.02.2026)

Datta, Neil (2021): Die Spitze des Eisbergs. Religiös-extremistische Geldgeber gegen
Menschenrechte auf Sexualität und reproduktive Gesundheit in Europa 2009 – 2018,
Brüssel, PDF:
https://www.epfweb.org/sites/default/files/2022-02/EPF_EN_TOTI_9SEP%20DEF_%20DEU_FINAL.pdf

Datta, Neil (2025): The Next Wave: How Religious Extremism Is Reclaiming Power,
Brüssel

Evangelische Allianz in Deutschland (2011): Lebensrechtler gehen in Berlin auf die
Straße. „Marsch für das Leben“ am 17. September – Prominente Unterstützung, in:
Internetpräsenz der Evangelischen Allianz Deutschlands vom 30.08.2011, URL:
<https://www.ead.de/2011/august/30082011-lebensrechtler-gehen-in-berlin-auf-die-strasse/>

Dialogue of Civilisations Research Institute (2017): Princess Gloria von Thurn und Taxis
Joins DOC Research Institute Board, in: Pressemitteilung des Dialogue of
Civilisations Research Institutes vom 28.06.2017, URL:
<https://www.prnewswire.com/news-releases/princess-gloria-von-thurn-und-taxis-joins-doc-research-institute-board-631290843.html>

Die Zeit (2020): Frauenfeindliche Äußerungen: Journalist Tichy gibt Vorsitz der Ludwig-
Erhard-Stiftung ab, in: Die Zeit vom 20.09.2020, URL:
<https://www.zeit.de/news/2020-09/24/journalist-tichy-gibt-vorsitz-der-ludwig-erhard-stiftung-ab>

Goesche, Gerald (2022): „Westliche Werte – das sind zum Teil Todsünden“. Propst Gerald
Goesche im Gespräch. Interview mit Lukas Steinwandler, in: Die Tagespost vom
15.12.2022, URL: <https://www.corrigenda.online/kultur/westliche-werte-das-sind-zum-teil-todsuenden>

Gütling, Thorsten (2025): Wie die Kampagne gegen Frauke Brosius-Gersdorf ins Laufen
kam, in: Internetportal des Bayerischen Rundfunks vom 16.07.2025, URL:
<https://www.br.de/nachrichten/bayern/eklat-um-richterkandidatin-wie-die-kampagne->

[gegen-frauke-brosius-gersdorf-ins-laufen-kam,Ur1TB8E](#)

Hecht, Patricia (2018): Europas antifeministisches Netzwerk: Geheim und radikal. In: taz – die tageszeitung, 25.04.2018. URL: <https://taz.de/Europas-Antifeministisches-Netzwerk/!5498934/> (Zugriff: 06.02.2026)

Jones, CT (2023): Right-Wing Orgs Are Using a Social Media Loophole to Skirt Hate-Speech Rules, in: RollingStone vom 13.11.2023, URL: <https://web.archive.org/web/20231114021458/https://www.rollingstone.com/culture/culture-features/right-wing-anti-trans-docs-hate-speech-1234874155/>

Kalkstein, Fiona/ Pickel, Gert/ Niendorf, Johanna/ Höcker, Charlotte/ Decker, Oliver (2022): Antifeminismus und Geschlechterdemokratie, in: Oliver Decker, Johannes Kiess, Aylene Heller, Elmar Brähler (Hg.) : Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Gießen, S. 245-270, PDF:<https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/2022-11/las22-kap.-8-antifeminismus-und-geschlechterdemokratie.pdf>

Kemper, Andreas (2014a): Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin. URL: <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641.pdf>

Kemper, Andreas (2014b): Keimzelle der Nation – Teil 2. Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt und gegen eine progressive Geschlechterpolitik radikalisierten. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin. URL: <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/11163.pdf>

Kemper, Andreas (2022): 10 Jahre Sozialfeindlichkeit (2): Das Aristokraten-Netzwerk von Beatrix von Storch, in: Campact vom 17.11.2022, URL: <https://blog.campact.de/2022/11/10-jahre-sozialfeindlichkeit-2-das-aristokraten-netzwerk-von-beatrix-von-storch/>

Kemper, Andreas (2025): Lautstarke Minderheit (29.08.2025). Diskursatlas. Abgerufen am 2. September 2025, 00:42 von http://www.diskursatlas.de/index.php?title=Lautstarke_Minderheiten&oldid=3297

Kissler, Alexander (2014): Gender Studies: Hokusfokus, aber keine Wissenschaft, in: Cicero vom 18.03.2014, URL: <https://www.cicero.de/kultur/gender-studies-dogmatisches-hokusfokus-aber-keine-wissenschaft/57240>

Klühspies, Anna/ Mitzkat, Nadja/ Khamis, Sammy (2025): Abtreibungsgegner lobbyieren offenbar am Gesetz vorbei, in: Tagesschau.de, Beitrag vom 10.02.2025, URL:<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/schwangerschaftsabbruch->

[paragraf-218-lobbyregister-100.html](#)

Kramer, Bernd (2015): Proteste gegen Sexualkunde: Wer sind die "besorgten Eltern"?, in: Spiegel vom 12.02.2015, URL:

<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>

Lein, Thomas (2021): Neues aus Berlin, in: KALEB-Rundbrief Sommer 2021 Stand 05.07.2021, PDF: https://kaleb.de/wp-content/uploads/2021/07/druckdatei_kaleb-ev-rundbrief-sommer-2021_stand-05-07-21.pdf

Liberales Männer (2019): Impressum, in: Internetpräsenz der Liberalen Männer vom 04.02.2019, URL: <https://web.archive.org/web/20190204004124/http://www.liberales-maenner.de/footer/nav/impressum/>

Löbbert, Raoul (2014): Kikios Weg, in: Die Zeit vom 04.05.2014, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2014-05/neokatechumenaler-weg-katholizismus-kiko-arguello-aussteiger/komplettansicht>

MBR Berlin (o.J.): Die Neonazi-Partei »Der III. Weg«. Hintergründe und Aktivitäten in Berlin. Was kann ich tun? Wo finde ich Unterstützung?, Faltblatt o.J., PDF: https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2024/05/FaltblattD3W_final.pdf

NewsGuard (2022): Misinformation Monitor: Dezember 2022, in: NewsGuard vom 28.12.2022, URL: <https://web.archive.org/web/20221228071840/https://www.newsguardtech.com/de/misinformation-monitor/dezember-2022/>

Onken, Anne (2013): Piusbrüder weihen neue Kirche in Berlin, in: evangelisch.de vom 22.05.2013, URL: <https://www.evangelisch.de/inhalte/83731/22-05-2013>

Pengelly, Martin (2024): Trump adviser who funded supreme court takeover wants to 'crush liberal dominance', in: The Guardian vom 25.11.2024, URL: <https://www.theguardian.com/us-news/2024/nov/25/leonard-leo-npr-interview>

ProLife Berlin (2025): Gecancelte Richterwahl: Stellungnahmen und Fotos zum Protest am 11.07.2025, in: Internetpräsenz von ProLife Berlin vom 13.07.2025, URL: <https://web.archive.org/web/20250831001723/https://www.pro-life-berlin.de/gecancelte-richterwahl-stellungnahmen-und-fotos-zum-protest-am-11-07-2025/>

Rösiger, Brigitte (2024): Urteil des Bundesverfassungsgericht (PAS), in: Internetportal vom Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) Baden-Württemberg, Beitrag vom 13.08.2024, URL: <https://vamv-bw.de/7399-2/>

Schindler, Frederick (2022): Gewalt gegen Schwule und Transpersonen. Queerfeindliche.

- Übergriffe in Berlin erreichen Höchststand, in: Die Welt vom 05.12.2022, URL:
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article242497243/Berlin-Queerfeindliche-Uebergriffe-in-der-Hauptstadt-erreicht-neuen-Hoechststand.html>
- Schultz, Lara (2016): Rechte Russlanddeutsche – alte Bekannte, in: Der rechte Rand, Ausgabe 161 vom Juli 2016, URL:
<https://www.der-rechte-rand.de/archive/1481/rechte-russlanddeutsche-alte-bekannte/>
- Schwaiger, Lisa (2022): Gegen die Öffentlichkeit. Alternative Nachrichtenmedien im deutschsprachigen Raum, Bielefeld
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Abteilung Verfassungsschutz (2025): Verfassungsschutzbericht 2024, Berlin, PDF:
<https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/verfassungsschutzberichte/verfassungsschutzbericht-2024-pressefassung.pdf?ts=1752674583>
- Siri, Jasmin (2015): Paradoxien konservativen Protests. Das Beispiel der Bewegungen gegen Gleichstellung in der BRD, in: Hark, Sabine / Villa, Paula-Irena (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld, S. 239-256
- Sollenberger, Roger (2021): The GOP Dark Money Group Giving Big to White Supremacists, in: The Daily Beast vom 21.11.2021, URL:
<https://www.thedailybeast.com/the-gop-dark-money-group-donors-trust-giving-big-to-vdare-white-supremacists/>
- Stern, Daniel (2021): Wladimir Jakunin: Das konservative Sprachrohr, in: WOZ Die Wochenzeitung vom 11.02.2021, URL:
<https://www.woz.ch/2106/wladimir-jakunin/das-konservative-sprachrohr>
- Steppenwolfkinder (2016): Fall Lisa 2.0: Desinformation 2016 und heute, Podcast mit Felix Riefer und Friederike Raiser, in: Russlanddeutsche.de vom 10.04.2022, URL:
<https://www.russlanddeutsche.de/kulturreferat/projekte/steppenkinder/folge-24.html>
- Storch, Beatrix von (2025c): Beitrag auf X vom 08.08.2025, URL:
https://x.com/Beatrix_vStorch/status/1953779282687279385
- Suchanow, Klementyna (2017): Antyaborcyjna międzynarodówka. Ujawniamy e-maile grupy, w której działa Ordo Iuris. Onet Wiadomości.
URL: <https://wiadomosci.onet.pl/tylko-w-onecie/antyaborcyjna-miedzynarodowka-ujawniamy-e-maile-grupy-w-ktorej-dziala-ordo-iuris/0f1j2ln> (Zugriff: 06.02.2026)
- Sumpf, Kathrin (2019): Die nahezu totale Kontrolle durch das kommunistische Gespenst -

analysiert und aufgedeckt, in: Internetpräsenz von Epoch Times vom 30.09.2010, URL: <https://www.epochtimes.de/wissen/weltherrschaft-buch-wie-der-teufel-die-welt-beherrscht-nahezu-totale-kontrolle-durch-das-kommunistische-gespenst-analysiert-aufgedeckt-a3035958.html>

TFP-Studentenaktion (2025): Kundgebungskommentierung, in: Instagram vom 23.06.2025, URL: <https://www.instagram.com/p/DLP2QC5NDFF/?hl=de>

Väternotruf (o.J.): Amtsgericht Mitte, in: Internetportal Väternotruf, URL: <https://www.vaeternotruf.de/amtsgericht-mitte.htm>

Väternotruf (2011): Impressum, in: Internetportal Väternotruf, URL: <https://web.archive.org/web/20111222022903/http://www.vaeternotruf.de:80/impressum.htm>